

Obama lädt zum Bier ins Weiße Haus

US-Präsident will Streit über Polizeiaktion beilegen

VON STEFAN SCHAAF, BERLIN

US-Präsident Barack Obama hat den afroamerikanischen Harvard-Professor Henry Louis Gates und den weißen Polizisten James Crowley ins Weiße Haus eingeladen. „Bei einem Bier“ soll der öffentliche Streit um die Festnahme des prominenten Intellektuellen in seinem Wohnhaus vor zehn Tagen beigelegt werden. Sowohl Gates als auch Crowley nahmen am Wochenende die Einladung an.

Die Polizeiaktion in der Universitätsstadt Cambridge beschäftigt die US-Medien seit Tagen. Angeheizt hatte Obama die Kontroverse während seiner Pressekonferenz zur Gesundheitsreform. Mit seiner Äußerung, die Polizeiaktion gegen Gates sei „dumm“ gewesen, zog er den Zorn mehrerer Polizeiverbände auf sich. Später bedauerte Obama seine „unglückliche Wortwahl“.

Für viele Afroamerikaner war die Festnahme Gates' ein Symptom für die tief sitzende Voreingenommenheit der Ordnungshüter gegen US-Bürger dunkler Hautfarbe. Gates ist einer der bekanntesten Akademiker, Sozialforscher und Publizisten der Vereinigten Staaten. Er war nachts in seinem Haus in einem Nobelviertel von Cambridge festgenommen worden. Nachbarn hatten die Polizei alarmiert, weil er sich bei der Rückkehr von einer Reise an der klemmenden Eingangstür zu schaffen machte und sie einen Einbruch vermuteten. Gates war mit den von Crowley geführten Beamten in heftigen Streit geraten.

Später hatte er Crowley mit einer Klage gedroht. Inzwischen klingt Gates versöhnlicher: In dem von ihm geleiteten Internetportal „The Root“ schrieb er, seine Erfahrung möge eine Lehre sein. Sie solle dazu beitragen, dass Schwarze nicht allein wegen ihrer Rasse von Polizisten verfolgt werden und dass die Verbrechensbekämpfung fairer und gerechter verlaufe. „Ich habe dem Präsidenten gesagt, dass es mir vor allem leidtut, dass die Kontroverse um meine Äußerung auf seiner Pressekonferenz auf der Gesundheitsreform abgelenkt hat.“

Auch die aufgebrachten Polizeiverbände schlugen versöhnlichere Töne an, nachdem Obama mit Crowley telefoniert hatte. In einer Erklärung teilten sie mit, es sei ein freundliches Gespräch gewesen. „Wir begrüßen sein ernsthaftes Interesse und die Bereitschaft, seine Äußerungen über die Polizei von Cambridge zu überdenken. Der Präsident respektiert die Polizisten und ihre oft schwierige und gefährliche Arbeit.“

MIT AP

Zelten mit Zelaya

Gestürzter honduranischer Präsident campiert im Grenzgebiet · Putsch könnte Nachahmer finden

VON MATTHIAS KNECHT, BOGOTÁ

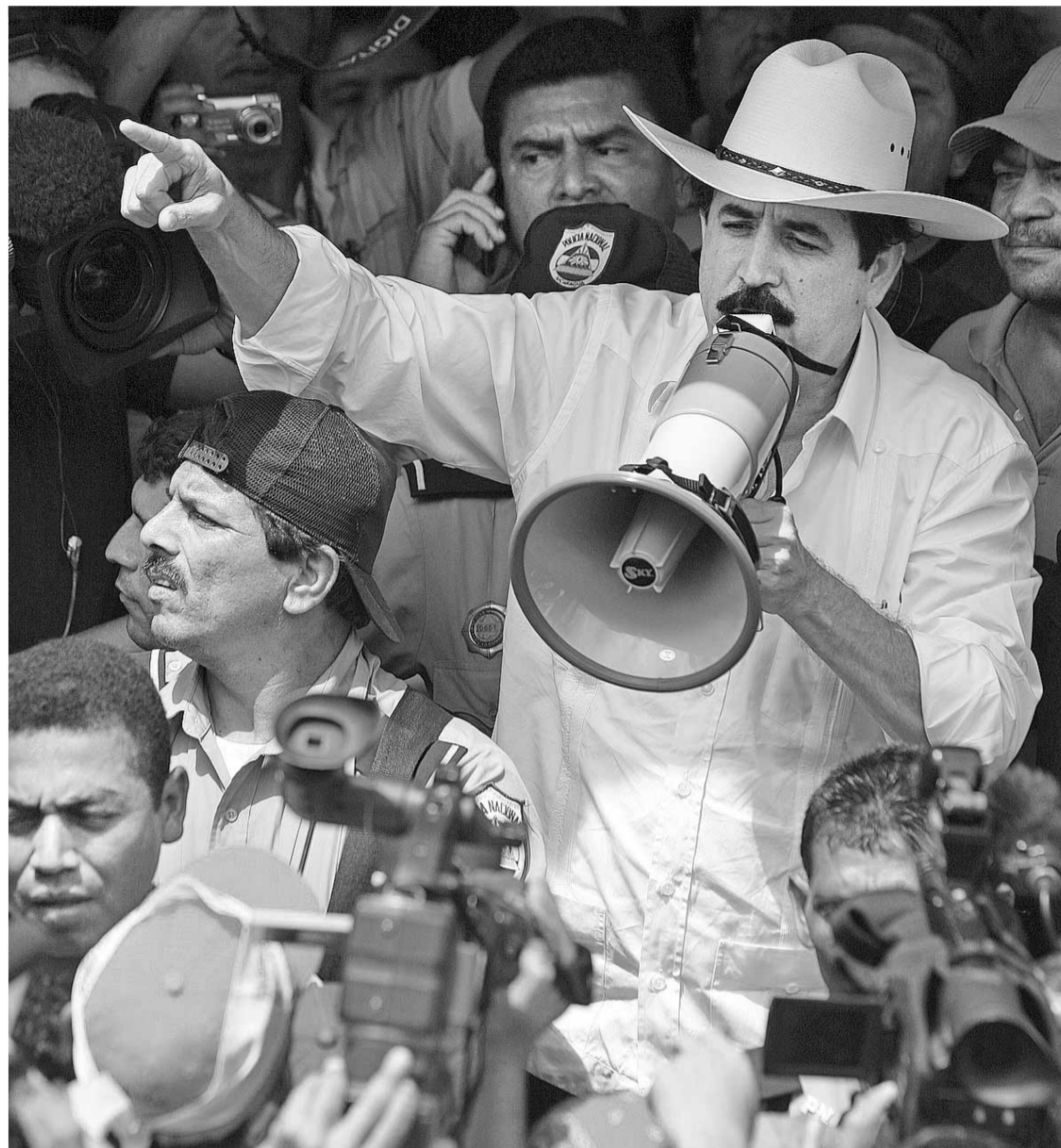
Der Kampf um die Macht in Honduras hat am Wochenende einen bizarren Höhepunkt erreicht. Gemeinsam mit Anhängern errichtete der vor einem Monat gestürzte Präsident Manuel Zelaya im Grenzgebiet mit Nicaragua ein Camp. Vollmundig kündigte er an, die Macht in Honduras zurückzuerobern. „Wir werden die Putschregierung erwischen und aus dem Land werfen“, versprach er seinen jubelnden Anhängern.

Zelaya war durch das Militär und mit Billigung des Parlaments gestürzt und außer Landes gebracht worden. Seitdem wächst die Sorge, dass es zu einem blutigen Gewaltausbruch kommt und der Konflikt auf die ganze Region ausstrahlen könnte. Schon am Samstag hatte die Armee eine Rückkehr Zelayas verhindert, der Versuch blieb symbolisch. Für eine halbe Stunde setzte der gestürzte Präsident, wie immer mit Cowboyhut auf dem Kopf, seinen Fuß auf honduranischen Boden und zog sich dann wieder nach Nicaragua zurück. Auf der honduranischen Seite des Grenzorts Las Manos herrscht seitdem gefährliche Spannung. 3000 Soldaten und Polizisten riegelten den Übergang ab. Sie halten von Honduras her anreisende Anhänger Zelayas davon ab, zu ihm vorzudringen.

Zelaya selbst wies eine Einladung von US-Außenministerin Hillary Clinton zu Gesprächen in Washington brüsk zurück. „Wenn jemand mit mir sprechen will, soll er hierherkommen“, sagte er. So verbleibt er bis auf Weiteres in Las Manos. Begleitet wird er dabei von Venezuelas Außenminister Nicolás Maduro und Nicaraguas Revolutionsheld Edén Pastora. Der legendäre Guerillakämpfer, bekannt als Comandante Cero, hatte zuvor sein Rezept für die Honduras-Krise verraten: „Das löst man mit Blei.“

Gespräche zwischen einer Delegation Zelayas und Vertretern der Putschregierung unter Roberto Micheletti über eine Beilegung des Machtkampfes waren vergangene Woche vorerst gescheitert. Der Vermittler, Costa Ricas Präsident Oscar Arias, kritisierte Zelayas Auftritt an der Grenze als „wenig hilfreich“. Der Friedensnobelpreisträger rief zugleich die USA und die Europäische Union dazu auf, den Druck auf Honduras zu erhöhen. Er warnte vor einem blutigen Konflikt, sollten die Verhandlungen nicht fortgesetzt werden.

„Beide Seiten scheuen den offenen Konflikt. Sie wollen aber auch nicht wirklich verhandeln“, sagte Kevin Casas, Lateinamerika-Experte des amerikanischen Thinktanks Brookings Institution.



Völker, hört die Signale: Der gestürzte honduranische Präsident Manuel Zelaya verspricht seinen Anhängern den Sieg

Beobachter fürchten nicht nur, dass die Lage in Honduras eskalieren könnte. Der Wirkung gehe weit über das Land hinaus, so der peruanische Konfliktspezialist Javier Ciurlizza. „Wenn die Putschisten in Honduras Bestand haben, wäre das sehr schlimm. Das wäre ein harter Schlag für die Demokratie in Lateinamerika.“ Der Jurist arbeitet international als Rechtsberater und beschäftigt sich mit Staatsstreichen. Er leitete einst die Wahrheitskommission in Peru, zog dort die Fäden bei der Auslieferung des kürzlich verurteilten Ex-Präsidenten Alberto Fujimori und war in ähnlichen Missionen in Paraguay, Kenia, Indonesien und Liberia unterwegs.

Ciurlizza macht dabei aus seiner persönlichen Abneigung gegen den

„Wir werden die Putschregierung erwischen und aus dem Land werfen“

Manuel Zelaya

gestürzten Präsidenten keinen Hehl. „Zelaya ist ein Präsident, der schlechte Entscheidungen getroffen hat. Er förderte damit die Polarisierung, urteilt der Direktor des Internationalen Zentrums für Übergangsjustiz in Bogotá. Doch das entschuldige weder den Staatsstreich noch die Unterstützung dafür. Dabei bezieht er sich auf die teils vertretene Auffassung, der Machtwechsel in Honduras sei durch die Verfassung gedeckt. Ciurlizza nannte diese Sichtweise beunruhigend. „Das bedeutet, dass die Demokratie in Lateinamerika nicht etwas ist, das wir als gesichert ansehen dürfen.“

Ciurlizza sieht in weiteren Staaten Lateinamerikas Bedingungen für eine ähnlich explosive Situation

wie in Honduras, so Guatemala, El Salvador und auch Mexiko. Merkmale seien eine starke Polarisierung, eine drohende Aushöhlung der staatlichen Institutionen durch die Drogenmafia und eine lange Geschichte nicht aufgeklärter Massaker. Das schwäche die heutigen „rein formellen“ demokratischen Institutionen.

In Honduras' Hauptstadt Tegucigalpa gab es immerhin ein erstes Anzeichen, dass es doch noch zu einer Einigung kommt. Die Armee des Landes erklärte in der Nacht auf gestern, weitere Verhandlungen in Costa Rica zu unterstützen und das Ergebnis zu akzeptieren. Laut der „New York Times“ unterstützt die Armee damit den Vorschlag Arias', Zelaya unter strengen Auflagen wieder ins Amt einzusetzen. Aus der zweideutig gehaltenen Erklärung des Militärs geht das jedoch nicht direkt hervor.

Protestplündern gegen den Präsidenten

JOHANNES DIETERICH

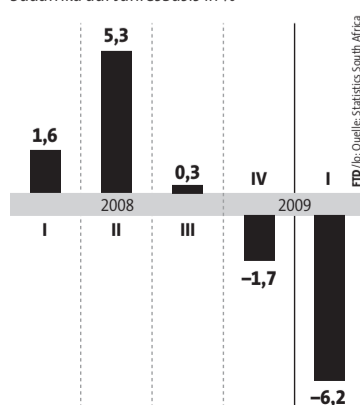
In der südafrikanischen Hafenstadt Durban marschieren Arbeitslose in Supermärkte, packen Einkaufswagen voll und ziehen Protestlieder singend, aber ohne zu bezahlen, an den Kassen vorbei. Im Township Thokoza bei Johannesburg errichten Demonstranten Straßensperren. Und im Provinzstädtchen Balfour machen Townshipbewohner Jagd auf Ausländer, die sich angeblich auf Kosten der einheimischen Bevölkerung bereichern. Wieder einmal gehen am Kap der Guten Hoffnung zahllose Schwarzeniedlungen in Flammen auf: Nozipho Mthshana, die Sprecherin der Arbeitslosenbewegung, sagt: „Die Leute sind sauer. Und keiner kann sie stoppen.“

Vor drei Monaten wurde ANC-Chef Jacob Zuma zum Präsidenten gewählt, auch weil er versprach, sehr viel entschiedener als sein Vorgänger für die Belange der armen Bevölkerungsmehrheit einzutreten. Nun aber wollen seine Wähler Ergebnisse sehen. „Und viel Geduld haben sie nicht mehr“, sagt der Soziologe Udes Pillay in Pretoria: „Schließlich warten sie schon seit 15 Jahren auf die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse.“

Jacob Zuma hatte vor seiner Wahl zum Präsidenten den Armen Südafrikas viel versprochen. Deren Geduld ist nach drei Monaten des Abwartens am Ende

Zu schlecht für Zuma

Entwicklung des Wirtschaftswachstums in Südafrika auf Jahresbasis in %



Zumas Regierungszeit hätte gewiss entspannter begonnen, wäre nicht die Weltwirtschaftskrise dazwischengekommen. Nur wenige Tage nach seiner Amtseinführung wurde das Ausmaß der Rezession in Südafrika deutlich. Das Minus im ersten Quartal 2009 von 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal ist der schlimmste Rückgang seit fast 30 Jahren. Wäre die Fußball-Weltmeisterschaft im nächsten Jahr und das sie vorbereitende 70 Mrd. € schwere Infrastrukturprogramm der Regierung nicht, wäre das Minus wohl sogar zweistellig ausgefallen.

Zuma galt als Kandidat der Linken und hatte sich nur mit politischer Brachialgewalt einem Korruptionsprozess entzogen. Um die Befürchtungen der Geschäftswelt zu zerstreuen, präsentierte er eine Regierungsmannschaft, der neben Kommunisten und Gewerkschaftern auch „neoliberale“ Veteranen aus dem Kabinett Thabo Mbekis angehörten, an erster Stelle der weit über die Landesgrenzen hinaus geachtete Ex-Finanzminister Trevor Manuel. Dieser fungiert inzwischen sogar als Superminister, der die strategische Ausrichtung der Regierungspolitik festlegen soll. Allerdings wurden schnell auch

Stimmen laut, die vor einer totalen Lähmung der bunt gemischten Ministerriege warnten. Diese Befürchtung hat sich als berechtigt herausgestellt. Selbst nach fast 100 Tagen hat das Kabinett noch keinen konzentrierten Vorschlag zur Krisenbewältigung vorgelegt. Selbst kleinere, die Auswirkung der Rezession abfedernde Maßnahmen, die Zuma schon in seiner Regierungserklärung angekündigt hatte, sind noch immer nicht verwirklicht.

Dafür lässt Südafrikas Linke immer deutlicher die Musken spielen. Von den Müllmännern über die Minenarbeiter bis hin zu den Ärzten drohen Millionen Beschäftigte, die Arbeit niederzulegen. Dabei geht es meist um mehr Gehalt. Doch auch politische Begehren wie die Senkung des Leitzinses, die Einführung eines Mindestlohns für alle Erwachsenen oder gar die Verstaatlichung der Bergbauindustrie werden immer vehementer geäußert. „Wir machen hier die Politik“, will Zwelinzima Vavi, Chef des Gewerkschaftsbundes Cosatu

„Wir machen hier die Politik“

Zwelinzima Vavi, Chef des Gewerkschaftsbundes Cosatu

Gewerkschafter und Kommunisten sollten sich daran erinnern, dass nicht sie, sondern der ANC die Wahlen gewann, sucht Zuma einzuwenden. Als die Regierung kürzlich den Vertrag des streng monetaristischen Zentralbankchefs Tito Mboweni nicht verlängerte, sah mancher Zuma bereits unter dem Druck der Linken einknicken.

Im Umgang mit den Township-Protesten geht die Regierung indes den Weg ihrer Vorgängerin, indem sie der Wut der Bevölkerung mit Polizeigewalt, Gummigeschossen und zuweilen sogar scharfer Munition begegnet. Gelegentlich wird gar behauptet, hinter den Hungeraufständen in den Townships stünden „finstere Mächte“, die sich die Destabilisierung Südafrikas auf die Fahnen geschrieben hätten.

Dies ist ein absurder Vorwurf, der von den allseits bekannten Problemen des ANC mit dem in Korruption und Inkompetenz ersticken öffentlichen Dienst ablenken soll. Zuma bittet unterdessen seine Wähler um Geduld: Man müsse seiner Mannschaft mehr als nur die drei Monate geben.

Wütende Stahlarbeiter erschlagen Manager

Während eines Protests von 30 000 Stahlarbeitern im Nordosten Chinas gegen die Übernahme ihres Werkes ist ein Manager erschlagen worden. Hunderte Menschen seien bei der gewaltsamen Demonstration in Tonghua verletzt worden, berichtete der Hongkonger Sender Metro am Samstag unter Berufung auf das Zentrum für Menschenrechte und Demokratie weiter. Die Arbeiter demonstrierten gegen die Übernahme ihres Stahlwerks durch den Konkurrenten Jianlong, den sie für ihre finanziellen Probleme verantwortlich machen, hieß es. Die aufgebrachten Arbeiter hätten einen Jianlong-Manager angegriffen und getötet. Jianlong hatte bereits im vergangenen Jahr zeitweise die Kontrolle über das Stahlwerk in Tonghua und strebt jetzt eine Fusion an. Die Wut der Stahlarbeiter richtet sich auch dagegen, dass Jianlong-Manager 2008 bis zu 3 Mio. Yuan (308 000 €) verdienten, Tonghua-Ruhesändler aber nur 200 Yuan (20 €) im Monat erhielten. DPA

USA bemühen sich um Einvernehmen mit Israel

Die US-Regierung hat sich besorgt über das israelische Misstrauen gegenüber ihrer Iranpolitik geäußert. Israel sei wegen einer möglichen Bedrohung durch iranische Atomwaffen nervös und verlasse sich derzeit nicht auf die Strategie der USA, die Gefahr durch diplomatische Bemühungen einzudämmen, sagten Regierungsvertreter am Wochenende im Vorfeld der Reise von US-Verteidigungsminister Robert Gates in den Nahen Osten. „Wir werden über die Gefahren und Herausforderungen reden, die wir für die Region sehen“, betonten sie. Gates trifft heute Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und seinen Amtskollegen Ehud Barak. Israels stellvertretender Ministerpräsident Dan Meridor hatte die US-Strategie gegenüber dem Iran zuletzt scharf kritisiert. Es sei besser, den Iran an einem Überschreiten der atomaren Schwelle zu hindern, als wie von den USA vorgeschlagen – einen Verteidigungsschirm über die Region zu spannen, warnte er. REUTERS

Französische Politiker mit Tod bedroht



Die Serie von Morddrohungen gegen prominente französische Politiker reißt nicht ab. Nach Staatschef Nicolas Sarkozy und anderen konservativen Politikern erhielt jetzt auch die Sozialistin **Ségolène Royal** einen Briefumschlag mit Waffenmunition. In einem ebenfalls beigefügten Text werde die ehemalige Präsidentschaftskandidatin beschimpft und beleidigt, berichtete die Tageszeitung „La Nouvelle République“ (Samstag). Antiterrorspezialisten nahmen Ermittlungen auf. Präsident Sarkozy und andere konservative Politiker hatten bereits in den vergangenen Monaten Drohbriefe mit Patronen geschickt bekommen. Die Texte enthielten Sätze wie: „Sie glauben, über unser Leben zu bestimmen, aber im Gegenteil, wir bestimmen über Ihr Leben und das Ihrer Familie und Freunde.“ DPA

Parlament stoppt Ölsuche vor Kalifornien

Kaliforniens Kongress hat keine Genehmigung für die Wiederaufnahme von Erdölbohrungen in den Gewässern des US-Bundesstaats erteilt. Das Abgeordnetenhaus stimmte am Freitag gegen den Antrag von Plains Exploration & Production, von einer Plattform in Bundesgewässern aus in einem küstennahen Gebiet zu bohren, das Kalifornien untersteht. Das von Gouverneur Arnold Schwarzenegger und dem Senat unterstützte Projekt vor Santa Barbara hätte dem finanziell angeschlagenen Bundesstaat 100 Mio. \$ jährlich eingebracht. Es wäre die erste derartige Genehmigung seit 1969. Damals war es vor Santa Barbara von einer Ölkatastrophe gekommen. Vor den Küsten der USA liegt Schätzungen zufolge genug Erdöl, um den heimischen Verbrauch für etwa zweieinhalb Jahre zu decken. REUTERS